

GRÜNE LUDWIGSHAFEN UND PIRATEN

Stadt Ludwigshafen
Rathausplatz 20
67059 Ludwigshafen

**Grüne Ludwigshafen und Piraten
Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen**

Nesrin Akpınar
Raik Dreher
Fraktionsvorsitzende
Kathrin Lamm
Jens Brückner
Heinz Zell (Piratenpartei)
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Antrag „Klimaoffensive“

20. August 2019

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,

wir bitten um Aufnahme des folgenden Resolutionsvorschlages zum Thema „Klimaoffensive“ auf die Tagesordnung der kommenden Stadtratssitzung:

Antrag und Resolution

Der Stadtrat der Stadt Ludwigshafen am Rhein

- erkennt die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- vertritt die Auffassung, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- berücksichtigt ab sofort stärker die Auswirkungen auf das Klima bei Entscheidungen und bevorzugt grundsätzlich Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Verpflichtender Bestandteil für politische Beschlussvorlagen werden Informationen zu

Bankverbindung:

Sparkasse Vorderpfalz
IBAN DE11 5455 0010 0193 6096 74
BIC LUSDE6AXXX

„Nachhaltigkeit und Auswirkungen auf den Klimaschutz“ der Entscheidung.

- verpflichtet sich, das Klimaschutzkonzept aus dem Jahre 2011 und dem integrierten Mobilitätskonzept fortzuschreiben und so Maßnahmen zur Senkung der Emissionen durchzuführen, um eine Reduktion der Treibhausgasemissionen pro Einwohner auf die Hälfte bezogen auf den heutigen Stand bis 2030 zu erzielen.
- verpflichtet sich im Rahmen des nächsten Haushalts die Stadtverwaltung endlich personell so auszustatten, dass der Klimaschutzbeauftragte der Stadt die anstehenden Aufgaben mit einer angemessenen Personalausstattung angehen kann.
- wird sich dafür einsetzen, dass im Jahr 2030 der öffentliche Nahverkehr weitestgehend emissionsfrei sein wird.
- wird in der laufenden Legislaturperiode pro Haushalt mindestens 5 % aller Verkehrsausgaben für den Erhalt und den Ausbau der städtischen Radinfrastruktur einstellen.
- verpflichtet sich, eine Baumschutzsatzung zu verabschieden und bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode mindestens 1000 Bäume an Verkehrswege der Stadt Ludwigshafen zu pflanzen und bestehende Bäume zu schützen.
- verpflichtet sich für die Begrünungen von Dächern und Fassaden in Neubaugebieten und Neubauten und sich gegen sog. Steingärten einzusetzen.
- verpflichtet sich dafür einzusetzen, Photovoltaikanlagen, wo möglich und sinnvoll, auf Bestandsdächern nachzurüsten.
- fordert den Stadtvorstand auf, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit regelmäßig über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.
- appelliert auch an andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland, sich der Ausrufung des Klimanotstandes anzuschließen.

Begründung:

Die menschengemachte Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Mit 9,6 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf liegt Deutschland im Jahr fast doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt und trägt als eine der stärksten Volkswirtschaften weltweit zum Klimawandel bei. Das Ziel der EU-Mitgliedsstaaten bis 2030 die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 40% zu senken, verlangt eine Kehrtwende in vielen Sektoren, auch auf kommunaler Ebene.

Im Energiesektor – mit dem anteilmäßig größten CO₂-Ausstoß – im Bereich Verkehr, in der Abfallwirtschaft, der Landwirtschaft, bei den privaten Haushalten, im Gewerbe, im Handel- und Dienstleistungssektor gilt es umgehend Weichenstellungen zu setzen.

Schon jetzt können wir weltweit, aber auch in Deutschland, die Folgen des Klimawandels beobachten, die sich bei einer Erwärmung um 2 Grad Celsius als unumkehrbar erweisen. Hitzeperioden, Extremwetterereignisse und Überschwemmungen waren in den letzten Jahren deutlich spürbar. Daraus resultieren verheerende Folgen für die Pflanzen- und Tierwelt, die die Grundlage menschlichen Lebens nachhaltig verändern werden.

Wenn wir diese Folgen für Mensch und Natur noch verringern wollen, braucht es in kürzester Zeit ein konsequentes Handeln auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Vor diesem Hintergrund haben zahlreiche Städte und inzwischen sogar Länder den sogenannten Klimanotstand ausgerufen.

Deshalb wollen wir in Ludwigshafen im Rahmen einer Klimaoffensive eine Reihe von Maßnahmen ergreifen sowie die Umsetzung erarbeiteter Konzepte forcieren, die das Klima schützen und die Folgen des Klimawandels eindämmen sollen. Dazu muss aber der Klimaschutz endlich eine Pflichtaufgabe für jede Kommune werden. Das würde es gerade dem hochverschuldeten Ludwigshafen ermöglichen, seine Anstrengungen zu vervielfachen. Das für den Herbst angekündigte Klimaschutzgesetz muss dazu verbindliche Regelungen beinhalten.

Gerade Ludwigshafen als größte Industriestadt von Rheinland-Pfalz steht dazu in einer besonderen Verantwortung. Die Entwicklung hin zu einer Lebensweise ohne CO₂-Ausstoß ist nur gemeinsam mit der Wirtschaft möglich. Stadt, Bürger und die Wirtschaft müssen dieses Ziel gemeinsam angehen, denn ohne die Unterstützung des jeweils anderen, kommt niemand weiter.

Wir sind davon überzeugt, dass unsere Verantwortung für die kommenden Generationen die Gestaltung dieser Veränderungen einfordert und wir daraus mehr Chancen als Risiken für ein nachhaltiges Ludwigshafen entwickeln können.

Mit freundlichen Grüßen



Ralf Dreher
Fraktionsvorsitzender